

Wie entsteht ein gutes sozialwissenschaftliches Konzept?

Florian Hartleb

Kernaussagen

Gegenstand dieses Beitrags ist Konzeptbildung als eines der zentralen Handwerkszeuge für fruchtbares sozialwissenschaftliches Arbeiten. Gute wissenschaftliche Konzepte müssen, im Gegensatz zu Alltagssprachlichen, Kerneigenschaften aufweisen, um nachvollziehbar, klar und messbar zu sein. Am Beispiel des Begriffs „Populismus“ wird herausgearbeitet, wie aus einem problematischen politischen Kampfbegriff ein gutes Konzept „gemacht“ werden kann. Dabei geht es um Fragen von Populismus als Ideologie oder Strategie sowie einer praktischen Operationalisierung mit Implikationen für die Politikberatung.

1. Einleitung: Bedeutung von Konzepten

Konzepte sind nicht nur in der Politik oder in der Wirtschaft wichtig, generell für den Beratungssektor, sondern auch von immenser Bedeutung innerhalb der Sozialwissenschaften. Sie helfen, logische Strukturen zu schaffen, um am Ende eine fundierte Bewertung des Untersuchungsgegenstandes vornehmen zu können. Wie gut und tragfähig ein Konzept wirklich ist, hängt nicht nur von unstrittig wichtigen Merkmalen wie „empirische wie theoretische Relevanz“, „Regelsetzung“ und eine wie auch immer geartete „Klarheit“ ab (Gerring, 2009). Insgesamt entsteht der Fortschritt jeder Sozialwissenschaft durch Konflikte und Debatten über die richtige Terminierung, Typologisierung und Definition. In meinem Beitrag möchte ich dem Phänomen der Konzeptbildung auf dem Grund gehen, die ambitionierte Frage nach dem Handwerkszeug für ein fruchtbares sozialwissenschaftliches Konzept beantworten und damit zu einer weiteren Diskussion anregen. Anschließend zeige ich am Beispiel des Populismus, wie aus einem problematischen politischen Kampfbegriff ein gutes Konzept „gemacht“ werden kann. Dabei geht es um Fragen von Populismus als Ideologie oder Strategie sowie einer praktischen Operationalisierung mit Implikationen für die Politikberatung.

Der große Sozialwissenschaftler Max Weber betonte im Jahr 1949 die Bedeutung von Konzepten für das Verstehen der Wirklichkeit. Die Konstruktion von Konzepten bedeute für sozialwissenschaftliche Geschichte einen kontinuierlichen Prozess, der aus kritischer Hinterfragung und Reformulierung besteht (Weber, 1949, S. 105-106). Oftmals unterscheidet sich dabei der Alltagssprachgebrauch von der wissenschaftlichen Fachsprache. Immer wieder dringen auch neue Konzepte in die Diskussion ein. Ein prominentes Beispiel ist das Konzept der Politischen Kultur, welches 1963 in einer Pionierstudie entwickelt wurde (Almond & Verba, 1963). Seither gibt es ambi-

tionierte Versuche, das Konzept zu stärken und den „Pudding der Politischen Kultur an die Wand zu nageln“ (Kaase, 1983).

2. Begründungselemente und Anforderungen für ein Konzept

Eine Herangehensweise an ein wissenschaftliches Konzept mit praktisch-politischer Bedeutung muss sich an drei Ebenen orientieren:

- *Wissenschaftstheoretische Grundlagen:* Der Forschungsgegenstand muss nachvollziehbar bestimmt werden. Eine Konzeptausarbeitung sollte zur Identifizierung dieses Gegenstands beitragen.
- *Phänomenologie:* Anschließend muss sich auf die Suche nach real existierenden Erscheinungsformen begeben werden, die unter dem Blickwinkel des Konzepts untersucht und dann entweder subsumiert oder als nicht adäquat einzustufen sind.
- *Ursachen- und Wirkungsforschung:* Die einschlägigen Phänomene müssen nun evaluiert werden. Wann entstehen sie, was bewirken sie?

Drei Ebenen stehen bei einer überzeugenden Konzeptbildung im Vordergrund:

- *deskriptive Ebene:* eine Konzeption, die sich auf real existierende Erscheinungen stützt.
- *analytische Ebene:* eine Studie, welche einen allgemeinen Überblick über politische Techniken und Inhalte, Strategie, Programmatik und Agitationstechnik geben kann.
- *prognostische Ebene:* ein Analyseraster, mit dessen Hilfe es gelingen soll, mit dem Konzept neuartige Erscheinungen auch in nächster Zukunft zu erfassen und in Analogie zu den gegenwärtigen Phänomenen zu setzen.

Konzepte helfen, um die Wirklichkeit zu verstehen. So kann das 20. Jahrhundert als „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm, 1995) nur mit der Totalitarismuskonzeption verstanden werden. Als idealtypische Anwendungsbeispiele können Nationalsozialismus und der Kommunismus insbesondere in seiner stalinistischen Ausprägung verstanden werden. Die wichtige Unterscheidung zwischen Totalitarismus, Autoritarismus und Demokratie wirkt so plausibel (Linz, 2000), dass sie auch im Schulunterricht für Sozialkunde eingesetzt werden kann (Hartleb & Raps, 2009), zumal tabellarische Merkmalskataloge die Veranschaulichung erleichtern. Die Totalitarismuskonzeption hilft wiederum auch für das 21. Jahrhundert, um heutige autoritäre oder gar „posttotalitäre Staaten“ wie Iran oder das international isolierte Nordkorea analytisch zu durchdringen. Daneben hilft das Totalitarismuskonzept, um Phänomene wie Systemwechsel und Revolutionen konzeptu-

ell-gedanklich zu fassen und damit auf Stabilität, Wandel oder Scheitern eines Herrschaftsregimes zu schließen. Damit können auch Konzepte Eingang finden, deren Begriffsgeschichte merkwürdig erscheint. Ursprünglich war „totalitär“ nämlich ein Kampfbegriff. Erstmals wurde er – nachdem schon der deutsche Journalist Alfons Paquet 1919 mit Blick auf Sowjetrussland von einem „Totalismus“ gesprochen hatte – von den italienischen Linksliberalen Giovanni Amendola und Piero Gobetti im Jahr 1923 benutzt. Sie beschrieben die sich konsolidierende faschistische Diktatur als „sistema totalitario“. Benito Mussolini selbst griff den Ausdruck zwei Jahre später auf, um so die Machtvollkommenheit des faschistischen Staates zu unterstreichen. Aber auch dem Totalitarismuskonzept wird zuweilen vorgeworfen, zu statisch-formalistisch gewesen zu sein und die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa von 1989/90 nicht zufriedenstellen erklären zu können (bzw. gar nicht in Betracht gezogen zu haben).

Die Formulierung eines Konzepts erfordert Kreativität und ist deshalb nicht als bürokratisch-technisch-administratives Unterfangen anzusehen. Theoretisch scheint es auch sinnvoll, zu Zwecken der Innovation einen radikalen Bruch mit den bisherigen Forschungsparadigmata zu vollziehen. Im „Wissenschaftsbetrieb“ ist es aber eher unüblich, das Terrain tradierter Definitionen zu verlassen und einen Perspektivwechsel vorzunehmen. In jedem begutachteten Journal-Bericht muss an den bisherigen „common sense“ angeknüpft werden. In extensiver Form gilt das für Dissertationen. So werden Konzepte häufig modifiziert, mit Blick auf die Anwendung erweitert oder verengt, verkompliziert, aber kaum neu kreiert. Das Gleiche gilt für Forschungsanträge, die einem bürokratischen, formalistischen Procédere unterworfen sind, was nicht unbedingt zur Kreativität beiträgt. Es kann auch sein, dass ein schlechtes Konzept aufgrund der guten Reputation des „Erschaffers“ und dessen Kontaktnetzwerk in der „scientific community“ Verbreitung findet. Einem renommierten Kollegen wird man selten unter ein Feuer von Kritik setzen (siehe auch Seibel, 2003).

In der Forschungsliteratur ist eine „shopping list“-Manier oft anzutreffen, eine mehr oder weniger beliebige Auswahl an inhaltlichen Schlüsselkriterien. Ein Konzept zielt darauf, den Gegenstandsbereich, der das Kernstück der Untersuchung bildet, gegenüber verwandten, damit konkurrierenden Analyseeinheiten abzugrenzen. Vermieden soll die Gefahr einer „self-fulfilling prophecy“, nach der die eigene Theorie ohne die Möglichkeit einer Falsifikation von vornherein in den Untersuchungsgegenstand hineininterpretiert wird. Was macht ein gutes Konzept aus? Der prominente Politikwissenschaftler Giovanni Sartori gibt darauf eine Antwort, er sieht eine Dreiecksbeziehung als notwendig an (Sartori, 2009):

- (a) Gute Konzepte brauchen ein klares Verständnis darüber, welche Phänomene sie definieren.
- (b) Die Phänomene wiederum müssen zum anderen in Rückkopplung zum Konzept stehen und dazu in Bezug gesetzt werden.

- (c) Für (a) und (b) muss dann ein adäquates Label gefunden werden.

Jedes Konzept braucht eine empirische Anwendung. Das sollte aber nicht dazu führen, das Konzept so weit auszuweiten („conceptual stretching“), dass es letztlich zu einer amorphen, inhaltsleeren und damit wenig trennscharfen Begriffsbildung kommt (Sartori, 1970, S. 1034). Je umfangreicher die Darstellung eines Konzepts (Intension), desto kleiner fällt sein Anwendungsbereich aus (Extension), weil die angedeuteten Merkmale nur für bestimmte Fallbeispiele gelten würden. Einen Ausweg aus diesem Dilemma sieht Sartori im Nutzen von Minimalbegriffen – Definitionen, die nur „core“- oder „root“-Elemente des Phänomens aufgreifen. Damit sei auch ein interregionaler Vergleich möglich (Sartori, 1970). Andererseits ist der analytische Mehrwert dann begrenzt, so dass Subtypen gebildet werden müssen.

3. Beispiele für Konzepte

Ein Beispiel ist in der Parteienforschung die Typologie von Parteien, die wichtige Aspekte betont und nebensächliche Punkte exkludiert. Wer sich mit der Organisationsstruktur von Parteien beschäftigt, braucht nicht die ideologisch-programmatischen Dispositionen unter die Lupe zu nehmen. Manche Konzepte werden breit rezipiert, aber zugleich auch kritisiert. Grundlegend in der vergleichenden Demokratieforschung ist die Minimaldefinition von Robert Dahl (1971, S. 3). Sie diente auch als Grundlage für die praktische Politik, namentlich die so genannten Kopenhagener Kriterien, die vom Europäischen Rat am 22. Juni 1993 auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen in Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung beschlossen wurden. Die potentiellen neuen EU-Mitglieder sollten die Anforderungen erfüllen, die Dahl als Mindestkanon aufstellte:

1. Assoziations- und Koalitionsfreiheit („associational autonomy“)
2. Recht auf freie Meinungsäußerung („freedom of expression“)
3. Informations- und Pressefreiheit, einschließlich alternativer Informationsquellen („alternative information“)
4. aktives Wahlrecht („inclusive suffrage“)
5. passives Wahlrecht für öffentliche Ämter („right to run for office“)
6. freie und faire Wahlen („fair and free elections“)
7. Recht politischer Eliten, um Wählerstimmen und Unterstützung zu konkurrieren („elected officials“)
8. Institutionen, die die Regierungspolitik von Wählerstimmen und anderen Ausdrucksformen der Bürgerpräferenzen abhängig machen.

Der Minimalbegriff wurde beanstandet, weil er etwa die Rolle des Rechtsstaats an sich nicht berücksichtigt (Merkel, 2010). Damit wird ein Konzept aber nicht wertlos, wenn es zur Weiterentwicklung anregt und mit zusätzlichen Kriterien mehr Trennschärfe aufweist. Ein Beispiel für ein interessantes wie

umstrittenes Konzept in diesem Zusammenhang ist das Konzept der defekten Demokratie (Merkel, Croissant & Puhle, 2003). Die Theorie der defekten Demokratie baut auf dem Konzept der „embedded democracy“ auf. Mit diesem Begriff soll die Ansicht ausgedrückt werden, dass es sich bei „funktionierenden“, „gesunden“ Demokratien um Herrschaftssysteme handelt, die aus ineinander verzahnten Teilregimen (Wahlregime, politische Teilhaberechte, bürgerliche Freiheitsrechte, Gewaltkontrolle, effektive Regierungsgewalt) bestehen. Demgegenüber gibt es innerhalb der defekten, also limitierten Demokratien vier Subtypen, die als Defekte unterschiedliche Dimensionen aufweisen: die *Exklusive Demokratie* (bezogen Wahlregime, politische Teilhaberechte), die *Illiberale Demokratie* (bürgerliche Freiheitsrechte), die *Delegative Demokratie* (Gewaltkontrolle), die *Enklavendemokratie* (effektive Regierungsgewalt). Einige Kritiker bemängeln, der Demokratiebegriff werde zu weit gedehnt. Selbst Länder mit autoritären Zügen könnten danach noch als „defekt demokratisch“ bezeichnet werden. Weiterhin könne man von einem Kernkonzept („root concept“ nach Sartori) keine Subtypen ableiten, die genau diesen dargelegten Kernprinzipien widersprechen. Wenn die Konzepterschaffer der defekten Demokratie die freie und faire Wahl als Kernprinzip der Demokratie ansehe, so sei ein Land ohne freie und faire Wahl eben nicht als Demokratie, auch nicht als „defekte“ einzustufen.

Politische Konzepte sind stark von politischen Konjunkturen abhängig. Die fortschreitende Entwicklung der Europäischen Integration, beruhend auf den zwei Säulen Vertiefung und Erweiterung, inspiriert dazu, das Konzept von Governance zu aktivieren und als Konzept für die Analyse des EU-Systems zu verwenden: spezifisch ist von „multi-level“- oder „poly-centric“ governance die Rede. Ersteres rekurriert auf Mehrebenenregieren, letzteres auf ein Arrangement, das verbindliche Entscheidungen für vielfältige Akteure herbeiführt (Schmitter, 2009, S. 56). Governance wird auch als weltweites Konzept angewandt („global governance“) und stellt auf die Abwesenheit einer formalen Hierarchie, also im weitesten Sinne auf die kollektive Regulierung von gesellschaftlichen Aktivitäten ab.

4. Über die Nachhaltigkeit eines Konzepts

Drei verschiedene Strategien helfen, um unklare Konzepte zu verbessern: Kumulierung, Addierung und Neudefinition (Weyland, 2001, S. 1-4).

- In der *Kumulierung* werden alle vorhandenen Definitionen genommen. Lediglich empirische Fälle, welche Hauptcharakteristika erfüllen, werden unter dem Konzept subsumiert.
- *Addierung* meint hingegen, dass jeder Fall unter dem Konzept subsumiert wird, der zumindest ein Charakteristikum aufweist. Da hier die Einschränkung gilt, dass die Fälle mit nur einem zutreffenden Charakteristikum dann keine Idealfälle sind, wird mit verminderten Subtypen operiert („diminished subtypes“).

- Eine *Neudefinition* kristallisiert den Primaerbereich der bisher definierten Ebenen heraus. Als „minimale“ Definition beinhaltet sie nur einen Bereich, der notwendig ist, um Beispiele des Konzepts zu identifizieren.

Gleichwohl bleibt ein Grundproblem bestehen. Eine Herausforderung bleibt stets die Identifizierung von Charakteristika, die wirklich notwendig sind, um ein Phänomen zu klassifizieren. Es wäre auch fatal, konstruiere man ein Phänomen, das es in der Wirklichkeit gar nicht gibt. Das kann beispielsweise der Fall sein, wenn Konzepte stark ideologisch aufgeladen werden und auf gesellschaftliche Veränderungen zielen, die gewünscht, aber in der Praxis gar nicht vorhanden sind. So wünschte sich Leo Trotzki eine Revolution und entwarf für Marxisten ein Konzept der „permanenten Revolution“. Sie stellte ein Revolutionskonzept dar, welches auf sämtliche rückständigen Länder der Welt allgemein übertragbar sein soll (Trotzki, 1969).

Die Versuchung liegt nahe, da eine Ausweitung mehr Untersuchungsfälle zulässt und das Untersuchungsdesign aus komparatistischer Perspektive ambitionierter erscheint. Auf Grundlage von John Gerring (1999), von dem die ersten acht Kriterien stammen, lassen sich zehn Kriterien eines fruchtbaren, guten sozialwissenschaftlichen Konzepts nachweisen. Sie lauten:

1. *Vertrautheit*: Wie vertraut ist das Konzept einer akademischen Öffentlichkeit („scientific community“) bzw. hat es das absehbare Potential, vertraut zu werden?
2. *Resonanz*: Wie „klingt“ der Terminus?
3. *Sparsamkeit*: Wie kurz und griffig sind der Terminus und dessen Eigenschaftsliste?
4. *Kohärenz*: Wie kohärent und in sich logisch sind die Beispiele und Eigenschaften?
5. *Differenzierung*: Wie differenziert sind die Anwendungsbeispiele und die Attribute, ebenso Abgrenzungsmerkmale von ähnelnden Konzepten?
6. *Tiefe*: Wie viele Eigenschaften entsprechen nach Untersuchung der Anwendungsbeispiele der Ausgangsdefinition?
7. *Theoretischer Nutzen*: Wie nützlich ist das Konzept mit Blick auf Folgerungen und Rückschlüsse? Kann dem Konzept eine Theorie unterlegt werden?
8. *Reichweite*: Erfasst das Konzept ein Feld aufeinander beziehbarer Beispiele und Eigenschaften?
9. *Genealogie*: Lässt sich eine stringente, wie auch immer begründbare Entstehungs- oder Entwicklungsgeschichte als Plausibilitätskriterium nachweisen?
10. *Falsifizierbarkeit*: Lässt sich nachweisen, dass das Konzept auf einige Anwendungsbereiche eben nicht anzuwenden ist und damit eben keine Überdehnung stattfindet?

Konzepte können in interdisziplinärer Perspektive ganz unterschiedliche Gewichtung haben. So spielt das Leadership- oder Führungskonzept in der wirtschaftswissenschaftlichen Managementlehre eine wichtige Rolle; sie taucht in jedem Lehrbuch auf. In der Politischen Wissenschaft spielte das Kon-

zept trotz der ebenso hohen Bedeutung der Persönlichkeit in politischen Institutionen und Willensbildungsprozessen kaum eine Rolle (Seibel, 2003). Erst seit kurzem hat der Führungsaspekt Beachtung bekommen (Gast, 2010). Immer wieder haben Komparatisten Konzepte aus der Wirtschaft übernommen: Anthony Downs mit der ökonomischen Theorie der Demokratie ist nur ein prominentes Beispiel (Schmitter, 2009, S. 39). Auch der zeitliche Kontext, in dem Wissenschaftler agieren und „Konzepte“ entwickeln, spielt eine besondere Rolle. So entstand nach dem Ende der kommunistischen Epoche und den Revolutionen von 1989/1990 ein neuer Forschungszweig rund um das Konzept der Transformation und des Systemwechsels. Nach dem 11. September 2001 rückte der internationale islamistische Terrorismus in das Visier der Forscher. Seither gibt es ambitionierte Versuche, quasi als Handlungsanleitung für die Politik, Bekämpfungsstrategien zu entwickeln (Urban, 2006). Die für die meisten Forscher überraschende, im Jahr 2011 einsetzende plötzliche Instabilität der Regime im Mittleren Osten („Arab spring“) dürfte wesentlich dazu beitragen, sich mit der dortigen Region intensiv zu beschäftigen und neue Konzepte zu entwickeln. Wie vor 1989/1990 sah die Sozialwissenschaft eine Stabilität, die bereits in sich brüchig war.

Weitere relevante Aspekte sind die Unklarheit der Worte und die Vielzahl an konkurrierenden Definitionen. Gerade, weil es in den Sozialwissenschaften keine Naturgesetzmäßigkeiten gibt, kann es sogar unterschiedliche Konzepte für den gleichen empirischen Gegenstandsbereich geben. Das gilt besonders für die (Rechts-)Extremismusforschung: Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, extreme Rechte, Neue Rechte, radikale Rechte, (Rechts-)Fundamentalismus, (Neo-)Faschismus – all diese Begriffe sind neben dem Rechtspopulismus im Umlauf, um einen Phänomenbereich zu bezeichnen. Die gleiche Problematik taucht im angelsächsischen Sprachraum auf; nicht abgegrenzte, populäre Termini wie zum Beispiel „far right“, „extreme right“, „radical right“, „right-wing extremism“, „radicalism“ weisen auf das gleiche Dilemma hin. Mit Fug und Recht lässt sich von einem „wenig weiterführenden Begriffspluralismus“ sprechen (Minkenberg, 1998, S. 29). Oft verwenden die Autoren sie einfach synonym, vernachlässigen eine Begriffsabgrenzung. Damit scheinen die konkurrierenden Konzepte zu wenig fruchtbar zu sein, so dass es immer wieder neue Versuche gibt, mit einem neuen Label zu strukturieren.

5. Ein Kampfbegriff als Konzept?

Kann ein politischer Kampfbegriff wie beispielsweise der Extremismus überhaupt ein Konzept sein? Er hat den Nachteil, durch seine emotionale aufgeladene wissenschaftliche Analyse zu beeinträchtigen. Von vornherein verleitet ein Kampfbegriff zu Assoziationen oder Polemiken, im wahrsten Sinne zum Kampf um politische Deutungshoheit. Am Beispiel der sozialen Gerechtigkeit führt Franz Nullmeier aus: „Bezeichnet man einen Begriff jedoch als „Kampfbegriff“, ist damit mehr gemeint als nur diese generelle Umstrittenheit. Es

ist der Vorwurf einer Instrumentalisierung von bestimmten Vokabeln für partikulare, gerade nicht auf das Gemeinwohl zielende Interessen. Diese Zwecke werden zudem im Begriff selbst verdeckt und verborgen. Sprache fungiert dann lediglich als Instrument der Bemäntelung von (eventuell für bestimmte Bevölkerungsteile belastenden) Entscheidungen. Derartige Sprach- und Begriffskämpfe sind mithin nicht auf die Zeiten der großen politischen Strömungen des Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus beschränkt, die sich wechselseitig der Ideologiebildung beschuldigten“ (Nullmeier, 2009 S. 9). Am Beispiel der sozialen Gerechtigkeit lässt sich auch die Vielschichtigkeit eines Begriffs diskutieren, die zu Missverständnissen führt. Geht es nun um Leistungs- oder Verteilungsgerechtigkeit?

Der Umstand, dass ein Konzept politisch *und* wissenschaftlich gebraucht wird, aber unterschiedliche Bedeutungen hat, ist aber seinem Gehalt nicht abträglich, ganz im Gegenteil. Für das Totalitarismuskonzept gilt allgemein sogar nach jahrzehntelanger Forschung und „Reanimierung“ des Konzepts nach der Transformation von 1989/90: „Es ist dieser offenbar nicht reduzierbare Zwittercharakter, seine Stellung zwischen Politik und Wissenschaft, die den Begriff nach wie vor umstritten sein lässt und ihn gerade deshalb zu einem aufschlussreichem Leitkonzept der neueren Ideengeschichte macht“ (Söllner, 2011, S. 113). Totalitarismus ist also kein neutrales Konzept – ebenso so wenig wie viele andere. Das kann sich auf die Bewertung von real existierenden Phänomenen auswirken. So macht es einen großen Unterschied, fasst man das Russland unter Boris Jelzin oder Vladimir Putin unter das Konzept einer defekten Demokratie oder unter einer autoritären Diktatur. Unabhängig von den Attributen defekt bzw. autoritär wirkt die Demokratie-Diktatur-Dichotomie konstitutiv.

Ein Kampfbegriff par excellence ist der Populismus, ein ungenauer, schillernder und nebulöser Begriff, bei dem jeder, gleich ob Politiker oder Medienkonsument, irgendwie zu wissen glaubt, was gemeint ist. Das jeweils Gemeinte und Assoziierte bleibt diffus, sogar widersprüchlich, ist offenbar nur schwer auf den Punkt zu bringen. Das liegt auch daran, dass der Populismusbegriff unterschiedliche Facetten besitzt. Er ist der Alltagssprache entnommen, eine wissenschaftliche Definition von Populismus scheint daher notwendig. In der Politik wie in den Medien wird er undifferenziert im Sinne eines catch-all-terms gebraucht. Der Populismusvorwurf wird von manchen europäischen Politikern auch in das positive gewendet und als Selbstbezeichnung genutzt. In diesem Sinne schreibt Jörg Haider in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“: „Dafür haben wir [die FPÖ] uns den Vorwurf des Populismus eingehandelt, und das empfinden wir durchaus als ehrenwert. In einer Demokratie muss das Volk gehört und ernst genommen werden! Befehlsausgaben aus dem Elfenbeinturm der herrschenden politischen Klasse, deren Verachtung für das gemeine Volk somit sichtbar wird, haben mit einem System der Freiheit nichts gemein. Gerade staatspolitische Verantwortung müsste es aber gebieten, Sorgen und Ängste des Volkes ernst zu nehmen und durch politisches Handeln mögliche

Gefahren und Bedrohungen frühzeitig abzuwehren“ (Haider, 1994, S. 57). Politiker etablierter Parteien übernehmen mitunter auch den Begriff der Selbstzuschreibung, um Volkstümlichkeit zu demonstrieren. So entgegnete der bayerische CSU-Parteivorsitzende und Ministerpräsident Horst Seehofer einem Populismusvorwurf mit den Worten: „Für mich ist Populist kein Schimpfwort, sondern ein Kompliment. Man muss den Leuten Politik so vermitteln, dass sie die Dinge verstehen. [...] Wenn ich mich bemühe zu erfahren, was das Volk denkt, dann ist das nicht schamlos, sondern aller Ehren wert (Seehofer, 2009, S. 27).“

Populismus wird vielfach als „melting pot“ gesehen, der als Label für alle möglichen reaktionären, faschistischen oder demagogischen Bewegungen angesehen wird. Damit liegt dem Begriff keine angemessene Definition zugrunde und macht ihn in dieser strikt negativen Verwendung zu einem amalganhafte Kampfbegriff. Aus dieser Warte wirkt es fast so, als sei der Populismus ein Konzept ohne Theorie (Dorna, 2003). Viele, die den Begriff in den Mund nehmen, verwenden ihn im Sinne einer manichäischen Einteilung des eigenen Gutseins und der bösen Kontrastfolie. Das ist kein Spezifikum des Populismus, trifft auf andere Begriffe wie Totalitarismus, Extremismus, Fundamentalismus oder Terrorismus ebenfalls zu. So werden insofern Parallelen zwischen den Begriffen von Terrorismus und Populismus gezogen, als es keinen Konsens über die Definition gibt (Niebel, 2006, S. 13). Beim Populismus fällt aber seine Ambivalenz auf. Oftmals dient Populismus im politischen und medialen Diskurs als Schimpfwort und meint den Vorwurf, der andere betreibe keine sachliche Politik, sondern nutze eine solche zur Manipulation mittels von billigen, nicht einzulösenden Versprechungen oder mittels eitler Selbstdarstellung. Auf diese Weise umschrieben, hat er den Geschmack der Geschmacklosigkeit, nahezu diffamierenden Charakter.

Im öffentlichen Sprachgebrauch sticht also eine Verwendung ins Auge, die mit den Attributen „prejorativ“ und wenig „reflektiert“ bezeichnet werden kann. Manch ein Beobachter geht sogar weiter: Populismus firmiere „außerhalb der Wissenschaft nur noch als rhetorische Worthülse[...], die man dem Gegner überstülpt“ (Niebel, 2006, S. 13). Dabei werden populistische Akteure im globalen Kontext, quer über die Kontinente hinweg identifiziert – mit großen Fluktuationen je nach aktueller politischer Bedeutung. Fast erscheint es so, dass der Term nach dem „Zufallsprinzip“ in die Zeitungen kommt, wie eine Untersuchung britischer Zeitungen eindrucksvoll zeigt (Bale, van Kessel & Taggart, 2011).

Andere (unzweifelhaft demokratische) Politiker nutzen hingegen den positiven Gebrauch des Wortes, als Eigenbeschreibung nach dem Motto „die Beschäftigung mit dem Volk ist das täglich Lohn und Brot eines Politikers“. Im amerikanischen Raum hat der Begriff eine weitaus positivere Konnotation als im europäischen Sprachgebrauch. Populismus ist vor allem von jenen, denen diese Gabe fehlt, zu etwas an sich Ungehörigem gemacht worden. Der Populismus-Rüffel kann daher selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für sachliche Argumente (Dahrendorf, 2003 S. 156). Der Popu-

lismus ist in Wirklichkeit keineswegs immer schlecht und zu kritisieren. Solange er sich nämlich innerhalb des demokratischen Spektrums bewegt, liegt ihm ein wenigstens potenziell emanzipatorischer Impuls zugrunde. Insgesamt gilt also: Wer als „Populist“ bezeichnet wird, gleich von welcher Partei, gilt im positiven Sinne als jemand, der die Probleme der „kleinen Leute“ versteht, sie artikuliert und direkt mit dem Volk kommuniziert, im negativen Sinn als einer, der dem Volk nach dem Mund redet und dem Druck der Straße nachgibt. Was der eine mit Demokratie assoziiert, kann der andere in gleicher Weise dem Populismus zuschreiben (Dahrendorf, 2002 S. 89).

Populismus zeichnet sich gerade durch seine Inkonsistenz aus. Das ist gleichsam sein Markenzeichen. Daher scheint eine präzise Definition – wie der französische Soziologe Guy Hermet in seinem Buch *Les populismes dans le monde* betont (Hermet, 2001, S. 19) – nur schwer möglich zu sein. Populismus ist keine Camouflage, wirkt aber wie ein Chamäleon, das je nach Bedarf die Farben seiner Umgebung annimmt (Mazoleni, 2003, S. 5). Die Herausgeber des ersten englischsprachigen Sammelbandes zum Populismus im Jahre 1969 erkannten, dass Populismus für unterschiedlichste Ideologien wie Sozialismus und Liberalismus verwandt wird. Im akademischen Umfeld gehe es sogar so weit, Maoismus als die eine Form und Nationalsozialismus als die andere Variante von Populismus zu bezeichnen (Ionesco & Gellner, 1969, S. 3).

6. Gegenwärtige empirische Relevanz des Populismus

Da die großen Parteien mit Problemen wie sinkender Milieubindung, abnehmendem Wählerzuspruch und allgemeinen Sinnkrisen konfrontiert sind, überrascht es nicht, dass neue Wettbewerber auf den Plan treten. Nach dem Eingang von grün-alternativen Bewegungen auf der Grundlage postmaterieller Werteverstärkungen in breiten Teilen der Gesellschaft lässt sich eine vergleichbar breite gesellschaftliche Erosion nicht feststellen. Gleichwohl steigt die individuell verspürte Unsicherheit im Zuge von zunehmender ökonomischer Globalisierung und kulturellem Gleichklang in allen sozialen Milieus, nur mehr oder weniger stark ausgeprägt. Diese Entwicklung wirft unweigerlich die Frage auf, welche sinnstiftenden Abgrenzungsrituale die zunehmend interdependenten europäischen Gesellschaften überhaupt vornehmen können und sollen (Hartleb, 2011 a). Den europaweiten Erfolg der neuen rechtspopulistischen Parteien belegen die Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern. Seit den frühen 1980er Jahren können neuartige, in erster Linie rechtspopulistische Parteien mit einer Anti-Establishment-Haltung, Protestthemen und einer charismatischen Führungspersönlichkeit immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene erzielen, so in Frankreich, Österreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und Skandinavien.

Aktueller Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa (gemäß ihrer letzten Wahlen; geordnet nach den Wahlerfolgen)

Land	Politische Partei	Letzte nationale Wahl		Europa-
		Datum	Resultate ¹	wahl 2009
Norwegen	Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet – FRP)	14/09/2009	22.9%	-
Finnland	Wahre Finnen (Perussuomalaiset – PS)	17/04/2011	19.0%	9.8%
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs – (FPÖ)	28/09/2008	17.5%	12.71%
Niederlande	Freiheitspartei (Partij voor de Vrijheid – PVV)	09/06/2010	15.5%	16.97%
Dänemark	Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti – DF)	15/09/2011	12.3%	14.8%
Österreich	Bündnis Zukunft Österreich –(BZÖ)	28/09/2008	10.7%	4.58%
Italien	Lega Nord (LN)	14/04/2008	8.3%	10.2%
Belgien	Vlaams Belang (VB)	13/06/2010	7.7%	9.85%
Schweden	Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna – SD)	19/09/2010	5.7%	3.27%
Frankreich	Front National (FN)	10/06/2007	4.3%	6.3%

Source: ¹parties-and-elections.de; ²European Parliament

Die Populisten zeigen sich insgesamt elektoral gefestigt und legen in der Wählergunst mancherorts sogar noch zu, wobei es Schwankungen gibt. Neue Herausforderer wie 2010 in Schweden treten auf den Plan. Für die gemäßigte Rechte bedeutet das, dass sie die lästige Konkurrenz in ihre Bündnisüberlegungen mit einbeziehen muss, wenn sie ihre Mehrheitsfähigkeit gegenüber der Linken nicht einbüßen will. Die Rechtspopulisten wurden auf diese Weise zu Beginn des Jahrzehnts „salonfähig“ gemacht und konnten so in einer Reihe von Ländern direkt (Österreich, Italien, Niederlande) oder indirekt (Dänemark, Norwegen) an der Regierung beteiligt. Nach dem Systemwechsel entfaltet der Populismus auch in Osteuropa seine Wirkung (Decker, 2004; Mudde, 2007).

7. Populismus als Ideologie oder Strategie?

In der Literatur gibt es zwei „Schulen“, die „Strategie- und die Ideologieschule“, die beide mit Vehemenz vertreten werden. Es ließe sich nach Meinung mancher Autoren viel Ballast in der Populismusdiskussion abwerfen, „wenn dem Begriff keine politische Ideologie bzw. Programmatik unterlegt wird, er vielmehr zur Kennzeichnung einer bestimmten Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform, das heißt eines bestimmten Politikstils, dient“ (Raschke & Tils, 2002, S. 52; siehe auch bereits Pfahl-Traughber, 1994, S. 18). Das hätte aber eine Beliebigkeit des Begriffs zur Folge. Es kommt schlichtweg zur Negation eines entscheidenden Merkmals, würden Politikstile von etablierten Parteien und ihren Repräsentanten als populistisch bezeichnet, deren Appelle nicht gegen das etablierte

politische System insgesamt, sondern gegen parteipolitische Konkurrenz innerhalb dieses Kontextes zielen (Falkenberg 1997: 59).

Unter Wissenschaftlern in Europa war die Strategieschule lange dominant (Betz, 1998). Im europäischen Kontext hat(te) die Populismusstrategie eine weitaus negative Konnotation, synonym gebraucht mit schlichter, eher vulgärer Propaganda. Einige Autoren hingegen stufen Populismus als Ideologie ein. Allerdings mangle es ihm im Gegensatz zu anderen Ideologien, implizit oder explizit getragen von Vorstellungen wie Gleichheit, Freiheit oder soziale Gerechtigkeit, an zentralen Werten. Mit Populismus seien „weniger konkrete Inhalte gemeint, die sich in ein Schema ‚Ich bin für/gegen eine konkrete Forderung‘ einfügen. Populismus funktioniert vielmehr wie eine ‚Ideologie ohne Weltanschauung‘, das heißt, er aktiviert eine recht starre ideologische Form mit sehr variablen Inhalten“ (Reinfeldt, 2000, S. 3). Gemeint ist damit wohl eine „Anti-Status quo-Ideologie“ (Taguieff, 2002, S. 47 u. 103), die zudem anderen Ideologien feindlich gegenübersteht. Das erklärt, weshalb der Populismus leicht zum Anhängsel anderer Ideologien mutiert und einem weiten Spektrum von politischen Positionen zugeordnet werden kann. Fest steht: Populismus ist keine totale Ideologie oder Weltanschauung wie Liberalismus oder Marxismus, sondern eine sogenannte „dünne“ oder partielle, oft nicht ganz explizit gemachte politische Ideologie – „a thin-centred ideology“, wie der englische politische Philosoph Michael Freedon ausgeführt hat, auch für Ideologien wie Feminismus und Ökologismus (Freedon, 1996, S. 485). Eine partielle oder dünne Ideologie wird meistens kombiniert oder verschmolzen mit Elementen aus anderen Ideologien. Wesentlich für eine politische Ideologie sei, laut Freedon, dass bestimmte Kernbegriffe („core concepts“) „decontested“, also nicht mehr umstritten sind, wenn man die Ideologie akzeptiert: „ideologies are groupings of decontested political concepts“ (Freedon, 1996, S. 82).

Die kaum differenzierte Verwendung des Populismusgebrauchs liegt allerdings auch an der akademischen Diskussion. Es kursieren die unterschiedlichsten Definitionen von Populismus, changierend zwischen Ideologie und Strategie. Die Bezeichnungen sind teils kompatibel, teils inkompatibel, teils überschneiden sie sich, teils handelt es sich um Ober-, teils um Unterbegriffe:

- „Aufstand“ gegen das Establishment („Wir“ gegen „die-daroben“)
- „dünne Ideologie“
- Ersatzbegriff für eine nichtpassende Zuteilung zu den klassischen Ideologien
- Ersatzbegriff für eine nichtpassende Zuteilung zu den klassischen Parteientypen
- Komplexitätsreduktion von Politik (gegen Polittechnokratie)
- Abgrenzung vom gängigen diplomatischen Diskurs
- Regierungsstil („Pragmatismus“)

- *Volksnähe* („originärer Bedeutungsinhalt“ bereits durch die wörtliche Bedeutung)
- *Antielitäres Protestventil innerhalb des demokratischen Diskurses*
- *Stimmungsaufgeladene, affektive Mobilisierungsstrategie (inhaltlich willkürlich)*
- *Kommunikationstechnik (auch in Diktaturen)*
- *Mediendemokratie („Slogans“)*
- *Generator von spektakulären Inhalten*

Kaltwasser befürwortet mit Rekurs auf Freedon ein interregionales Verständnis von Populismus und schlägt eine Minimaldefinition vor (Kaltwasser, 2011):

- *Populismus als „dünne Ideologie“*

Dieses Verständnis zielt auf besondere Diskursmuster des Populismus, die auf den antagonistischen Gegensatz zwischen dem homogen verstandenen Volk und der „korrupten Elite“ fusst und konsequenterweise Politik als Ausdruck des *volonté générale* begreift (so auch Mudde, 2004, 2007).

- *Populismus als Strategie*

Dieses Verständnis zielt auf die Beziehung zwischen einer populistischen Bewegung und einer zunehmend depolitisierten Wählerschaft.

Diese Konzeptualisierung greift aber zu kurz. Mit Blick auf Europa erscheinen vier Dimensionen des modernen europäischen Populismus konstitutiv, woraus sich eine strukturelle und typologische Leitlinie ergibt (Wielenga & Hartleb, 2011). Wichtig ist dabei, dass der Terminus des Populismus zeitlich und regional eingegrenzt wird:

- *Technische Dimension:* Populismus vereinfacht und konstruiert einen direkten Gegensatz zwischen einem als homogen verstandenen „Volk“ und dem Establishment. Die antielitäre Haltung offenbart sich durch eine chronische, agitatorisch untermalte Beschwerdeführung im Sinne des „Tabubrechers“.

- *Inhaltliche Dimension:* Populismus führt sich als eine Art „Anti-Ismus“ mit konkreten Inhalten auf. So macht neuerdings die Tendenz zum Antiislamismus innerhalb des europäischen Rechtspopulismus von sich reden. Als weitere Feindbilder fungieren neben „Globalkapitalisten“ „Sozialschmarotzer“ und Immigranten.

- *Personelle Dimension:* Ein eloquenter und charismatischer Anführer macht sich häufig zum Sprecher der populistischen Bewegung, zum Anwalt des „Volkswillens“, der in Robin-Hood-Manier gegen das Establishment kämpft.

- *Mediale Dimension:* Massenmedien, insbesondere aus dem Boulevardbereich, gehen mit dem Kalkül von Schlagzeilen häufig eine symbiotische Beziehung mit populistischen Bewegungen ein.

8. Schlussfolgerungen für die Politikberatung

Wendet man damit die zehn Kriterien eines fruchtbaren, guten sozialwissenschaftlichen Konzepts auf den Populismus an, ergibt sich, dass dieser sehr wohl diese erfüllt und viele Vor-

züge aufweis – zumindest, wenn es um rechtspopulistische Parteien in Europa geht. Das sollte auch die Politikberatung zur Kenntnis nehmen.

1. *Vertrautheit:* Die Forschung ist konjunkturell. Mit den zunehmenden Erfolgen rechtspopulistischer Parteien in Europa liegen inzwischen zahlreiche Studien vor, auch in vergleichender Perspektive.
2. *Resonanz:* Der Terminus entstammt der Alltagssprache, wird inflationär gebraucht und klingt höchst schillernd.
3. *Sparsamkeit:* Der Populismus ist griffig zu handhaben. Einerseits verkörpert er allein aufgrund seiner Bedeutung (Populus = Volk) demokratische Ideale. Populismus ist nach dieser Logik ein fester Bestandteil von Demokratie. Andererseits, gemäß dem Suffix „-ismus“, intendiert der Terminus Populismus schon per se eine Übersteigerung, welche sich auch gegen Normen des modernen demokratischen Verfassungsstaats, namentlich gegen Repräsentativkörperschaften und demokratisch-administrative Entscheidungsprozesse, richten kann.
4. *Kohärenz:* Zwei zentrale Aspekte kennzeichnen die rechtspopulistischen Parteien:
 - Die *vertikale* Dimension als allgemeines Merkmal des Populismus: die Abgrenzung gegen die politische Klasse (Institutionen, Altparteien). Sie kommt in einer Stimmung des „Wir“ gegen „die-da-oben“ zum Ausdruck.
 - Die *horizontale* Dimension als spezifisch rechte Variante des Populismus: die Abgrenzung gegen Immigranten, Fremde und Kriminelle; das „Wir“ gegen „die-da-draußen“.
5. *Differenzierung:* Populistische Parteientypen, die sich nicht nur von den etablierten Parteien, sondern durch die grundsätzliche Systembejahung auch von klassisch rechtsextremistischen Parteien abgrenzen lassen, bedienen Anti-Parteien-Affekte, stehen in Gegnerschaft zum Establishment, neigen zu vorgeschobenen, inszenierten und dadurch medienwirksamen Tabubrüchen, verfügen über eine zentrale Leitfigur, zielen mit einer identitätsstiftenden Wir-Gruppe auf klare Feindbilder, preisen die direkte Verbindung zwischen „Volk“ und Regierenden und stellen ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Populismus darf nicht von vornherein als verfassungsfeindlich diskreditiert werden. Er rüttelt nicht an den Eckpfeilern des demokratischen Wertekanons. Die populistischen Antihaltungen entspringen einem zielgruppenorientierten Opportunismus, nicht einer konsequenten Systemgegnerschaft. Konservatismus und Rechtspopulismus verbindet jedenfalls, dass sie die gesellschaftlichen Traditionen hochhalten und sie als Kontrapunkt zu den neuen, unüberschaubaren Verhältnissen setzen und idealisieren. Trotz dieser attestierten Nähe sind die beiden Phänomene keine austauschbaren, eng zusammenliegenden Begrifflichkeiten, sondern schließen sich gegenseitig aus. So versteht sich der Konservatismus in der Regel als Idee der gesellschaftlichen Elite, wohingegen sich der Populismus eindeutig gegen das gesellschaftliche Establishment richtet.

6. *Tiefe*: Der Kriterienkatalog für eine populistische Partei (Anti-Partei-Partei, Anti-Establishment-Partei, Partei des gezielten Tabubruchs, Partei einer charismatischen Führungspersonlichkeit, One-Issue-Partei, Plebiszitär ausgerichtete Partei) wird von den rechtspopulistischen Herausfordererparteien erfüllt.
7. *Theoretischer Nutzen*: Folgerungen lassen sich auf verschiedenen Ebenen treffen, etwa zur Frage der Zukunft von Parteien und der Demokratie insgesamt. Populismus kann mit einer Theorie unterlegt werden, die auch inhaltliche Aspekte umfasst.
8. *Reichweite*: Die vier Dimensionen des Populismus, technisch, inhaltlich, personell, medial, lassen sich auf konkrete Praxisbeispiele beziehen, besonders das Erfolgsrezept neuer, rechtspopulistischer Parteientypen. Sie agieren mit einem vereinfachenden Politikstil, mobilisieren mit Themen wie Anti-Islam und Euroskeptizismus, sind auf einen charismatischen Führer hin ausgerichtet und haben eine besondere Beziehung zu den Medien.
9. *Genealogie*: Der Begriff hat sich durch konkrete Erscheinungen im 19. Jahrhundert entwickelt. In der Entwicklungsgeschichte lässt sich seine pejorative Verwendung deutlich nachweisen.
10. *Falsifizierbarkeit*: Populär ist nicht gleich populistisch. Die Untersuchung der Interaktionsprozesse zwischen den populistischen und den etablierten Parteien (vor allem in strategischer und inhaltlicher Hinsicht) stellt ein Forschungsdesiderat dar. Ein Vergleich müsste das „Ping-Pong-Spiel“ zwischen etablierten Parteien und populistischen Newcomern in den Vordergrund rücken.

Das Populismuskonzept hat für die Politikberatung ganz praktische Folgen. In die Irre leitet ein verbreiteter Sprachgebrauch, der Populismus mit dem Streben nach Popularität, mit Demagogie, mit opportunistischem Programmdesign verwechselt. Diese sind wesentliche Elemente eines demokratischen Meinungsstreits. Kein Politiker, keine Partei kann auf sie verzichten (Zastrow, 2002, S. 1). Es fehlt ihnen die genuin populistische Kritik an der „politischen Klasse“, der anti-elitäre Topos. Im Campaigning geht es darum, statt eine volksnahe, griffige Sprache zu verwenden, ohne dabei im Vorwurf des Populismus zu verfangen. Politik wird zunehmend komplexer, wie die gegenwärtige Diskussion um die Eurokrise und deren Lösung im Mehrebenensystem verdeutlicht. Technokratische Debatten um Eurobonds und Wendungen wie die „Vereinigten Staaten von Europa“ oder „Transferunion“ führen zur Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger (Hartleb, 2011 b). Politikberatung sollte darauf zielen, auch schwierige Sachverhalte in einfacher und damit verständlicher Sprache zu vermitteln. Ansonsten wird es kaum gelingen, die Europawahlen als einziges Legitimationsinstrument aus dem Stigma der second-order-elections herauszuheben und zu wirklichen Auseinandersetzungen um europäische, nicht nationale Themen zu machen.

Mit Blick auf das Populismuskonzept zeigt sich, dass die Gefahrenbeurteilung des Rechtspopulismus ganz vom politischen Standpunkt und Wettbewerber abhängt. Unlängst konnte der Verfasser vier ambitionierte, mit Expertise angeereicherten Konferenzen zum Populismus im Europäischen Parlament am 30. und 31. März 2011 und 21. Juni 2011 beobachten, organisiert von den Grünen, den Liberalen, den Sozialisten und den Christdemokraten. Sie zeigen, dass Politikberatung stark vom politischen Standpunkt abhängt. Während die linke Seite dazu neigt, Rechtspopulismus und -extremismus als eine Seite der Medaille darzustellen, trennt die rechte Seite die Phänomene des an sich demokratischen Rechtspopulismus und der klaren Verfassungsfeindlichkeit und nimmt auch die linke Seite ins Visier, zumindest zum Zwecke des Vergleichs (Hartleb, 2011 c). Politikberatend geht es auch darum, das vorhandene Charisma von Politikern medial zu verstärken, ein Image zu kreieren, wie es bei Karl-Theodor zu Guttenberg zeitweise hervorragend gelang (Hartleb, 2011 d).

9. Strategien der etablierten Parteien

Das Erstarken der Rechtspopulisten ist seit geraumer Zeit jedenfalls ein höchst relevantes europäisches Thema, das unmittelbare Folgen für die etablierten Vertreter hat. Populistischen Politikern geht es nicht vorrangig um die Anliegen einer Bevölkerungsschicht, geschweige denn um das Allgemeinwohl, sondern um ihren persönlichen Erfolg. Populisten müssen die kritische Frage, welchem Adressaten sie – noch dazu in überzeugender Art und Weise – Rechenschaft erstatten, erst einmal beantworten. Die simple Berufung auf das „Volk“ reicht dafür nicht aus. Die häufigste Forderung in diesem Kontext besteht darin, dass die christ- und sozialdemokratischen Parteien ihr programmatisches Profil schärfen sollen, um gerade auch voneinander unterscheidbar zu bleiben.

Das Argument richtet sich unter anderem auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Wohlstandswahrung im Kontext einer sich zunehmend internationalisierenden Wirtschaft. Des Weiteren stehen die Fragen nach einer modernen Umweltpolitik im nationalen und internationalen Kontext, Bildungsgerechtigkeit und nach der Finalität Europas im Mittelpunkt der Überlegungen und Diskussionen. Allerdings stehen einer solchen Zielsetzung große Probleme entgegen. In Anbetracht der stark unterschiedlichen politischen Erwartungen und Schwerpunktsetzungen innerhalb der Bevölkerung erscheinen der Gewinn und vor allem die langfristige Sicherung eines großen Wählerpotentials durch bestimmte Inhalte und Zielsetzungen grundsätzlich als schwierige, vielleicht sogar unlösbare Aufgaben. Hinsichtlich der organisatorischen Stärkung der Parteien bestehen verschiedene Vorschläge, die darauf zielen, Mitgliedschaften attraktiver und die Abläufe in den Parteien transparenter und offener zu gestalten. Gerade in dieser Hinsicht gehen populistische Parteientypen neue Wege, wie die Einmitgliedpartei VVD um Geert Wilders am deutlichsten beweist. Vielfach haben die Volksparteien auch mit Mitglieder- und Nachwuchsschwund zu kämpfen. Zum Teil wurden hierzu auch bereits erste Schritte ergriffen bzw. befinden sich

in der Planung. Inwiefern entsprechende Aktivitäten den Niedergang der Großparteien und ihre organisatorische Schwächung aufhalten können, ist jedoch offen (Wilp, 2011). Alle Varianten im Umgang haben aus empirischer Sicht Evidenz: Koalition mit der Stoßrichtung einer Entzauberung wie in Österreich unter Wolfgang Schüssel, strikte Ausgrenzung („cordon sanitaire“) wie in Belgien oder Frankreich oder die Erlaubnis der Tolerierung einer Minderheitsregierung wie in Dänemark und in den Niederlanden.

Eine weitere Forderung lautet, die etablierten Parteien müssten sich die Themen der Populisten zu eigen machen und so ihren Bewegungen die Grundlage entziehen. Das ist in Frankreich bei der Parlamentswahl im Jahr 2007 gelungen. Der Front National hat auch deshalb relativ schwach abgeschnitten, weil Nicolas Sarkozy Jean-Marie Le Pens Hauptthemen wie Gewalt, Immigration und nationale Identität aufgegriffen hat. Viele europäische Regierungen fahren in der Immigrationspolitik nun einen härteren Kurs. In Belgien beispielsweise bewirkte das Vlaams Belang trotz mangelnder Regierungsbeteiligung (durch einen sogenannten „cordon sanitaire“ der etablierten Parteien) eine Veränderung der „policy“ bezüglich der Migrations- und Integrationspolitik. Es zeigt sich auch hier deutlich der Bedarf von einer Politikberatung, die sorgsam die Optionen abwägt. Ein Verstehen des Populismuskonzepts wie der populistischen Logik ist dafür Grundlage.

Literatur

- Almond, G.A. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton/New York.
- Dahl, R. (1971): *Polyarchie. Participation and Opposition*. New Haven/London.
- Betz, H.G. (1998). *Introduction*. In: H.G. Betz & S. Immerfall (Hsg.), *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies* (S. 1-10). Bloomsburg.
- Dahrendorf, R. (2002). *Die Krisen der Demokratie: Ein Gespräch mit Antonio Polito*. München.
- Dahrendorf, R. (2003). *Acht Anmerkungen zum Populismus*. In *Transit. Europäische Revue*, 25. S. 156-163.
- Decker, F. (2004). *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen.
- Dorna, A. (2003). *Le néopopulisme et le charisme*. In O. Ihl, J. Chêne, É. Vial & G. Waterlot (Hrsg.), *La tentation populiste au coeur de l'Europe* (S. 89-100), Paris.
- Falkenberg, S. (1997). *Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich*. Duisburg.
- Freeden, M. (1996). *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*. Oxford.
- Gast, H. (2010). *Politische Führung als Gegenstand interdisziplinärer Theorieforschung: Erträge und Defizite*. In M. Sebaldt & H. Gast (Hrsg.), *Politische Führung in westlichen Regierungssystemen. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich* (S. 34-68). Wiesbaden.
- Gerring, J. (1999). *What Makes a Concept Good? A Criterial Framework for Understanding Concept Formation in the Social Sciences*. In *Polity*, 31 (3), S. 357-393.
- Haider, J. (1994). *Die Freiheit, die ich meine*. Frankfurt/M.
- Hartleb, F. & Raps, C. (2009). *Mensch und Politik II, Schulbuch anlässlich des neuen G-8-Lehrplans an Bayerns Gymnasien im Fach „Sozialkunde“ (11. Klasse)*. Braunschweig.
- Hartleb, F. (2011 a). *Populismus – zentrales Kennzeichen von Parteipolitik in turbulenten Zeiten?* In F. Wielenga & F. Hartleb (Hrsg.), *Populismus in den Niederlanden und in Deutschland im Vergleich* (S. 105-127). Münster.
- Hartleb, F. (2011 b). *A thorn in the side of European elites: The new Euroscepticism*. Brüssel: Centre for European Studies.
- Hartleb, F. (2011 c). *Vier Konferenzen von vier verschiedenen Fraktionen (Grüne, Liberale, Christdemokraten und Sozialisten) zum selben Thema mit dem Titel „Neue Gefahr des Populismus“ im Europäischen Parlament (30./31. März 2011 und 21. Juni 2011) in Brüssel*. In *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (2), S. 466-469.
- Hartleb, F. (2011 d). *Idole in der Politik? Der Fall „(Dr.) Karl-Theodor zu Guttenberg“*. In E. Lackner (Hrsg.), *Neue Mythen in Kultur und Wirtschaft* (S. 111-122). Innsbruck.
- Hermet, G. (2001). *Les populismes dans le monde*. Paris.
- Hobsbawm, E. J. (1995). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München/Wien.
- Kaase, M. (1983). *Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die vergleichende Politikwissenschaft, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln*. In Ders. & H.D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980* (S. 144-171). Opladen.
- Kaltwasser, C.R. (2011). *Populismus in vergleichender Perspektive. Skizzen einer Forschungsagenda*. In *Berliner Debatte Initial* 22 (1), S. 4-11.
- Kazin, M. (1995). *The Populist Persuasion: An American History*. New York.
- Lang, K. (2005). *Populism in Central and Eastern Europe – A Threat to Democracy or Just Political Folklore?* In *Slovak Foreign Policy Affairs*, Spring, S. 6-16.
- Löwenich, F. (1989). *Überlegungen zum Populismus*. In *Politische Vierteljahresschrift*, 30, S. 22-31.
- Merkel, W., Puhle, H. & Croissant, A. (Hrsg.) (2003). *Defekte Demokratien. Bd.1, Theorien und Probleme*. Wiesbaden.
- Merkel, W. (2007). *Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa*. In *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (3), S. 413-433.
- Merkel, W. (2010). *Systemtransformation. Eine Einführung in Theorie und Empirie*. Wiesbaden.
- Minkenberg, M. (1998). *Die Neue Radikale Rechte im Vergleich*. Opladen.
- Mudde, C. (2004). *The Populist Zeitgeist*. In: *Government & Opposition*, 39 (4), S. 541-563.
- Mudde, C. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. New York.
- Niebel, I. (2006). *Neopopulismus oder Emanzipation?* In *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51-52, S. 12-18.
- Nullmeier, F. (2009). *Soziale Gerechtigkeit – ein « politischer Kampfbegriff? »* In *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 47, S. 9-14.
- Pfahl-Traughber, A. (1994). *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*. Bonn.
- Raschke, J. & Tils, R. (2002). *CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei*. In *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 47, S. 49-58.
- Linz, J.J. (2000). *Totalitäre und autoritäre Regime*. Berlin.
- Reinfeld, S. (2000). *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*. Wien.
- Sartori, G. (1970). *Concept Misformation in Comparative Politics*. In *American Political Science review*, 64 (4), S. 1033-1053.
- Sartori, G. (2009). *Guidelines for Concept Analysis*. In D. Collier & J. Gerring (Hrsg.): *Concepts and Method in Social Science* (S. 97-150). New York/London (reprint/orig. 1984).
- Seehofer, H. (2009). *„Populist ist kein Schimpfwort“ (Interview)*. In *Der Spiegel* vom 16.2., S. 25-27.
- Söllner, A. (2011). *Totalitarismus*. In M. Hartmann & C. Offe (Hrsg.): *Lexikon der politischen Philosophie und Theorie*. München, S. 113-117.
- Seibel, W. (2003). *Suchen wir immer an der richtigen Stelle? Einige Bemerkungen zur politikwissenschaftlichen Forschung nach dem Ende des Kalten Krieges*. In *Politische Vierteljahresschrift*, 44 (2), S. 217-228.

Schmitter, P.C. (2009). *The nature and future of comparative politics*. In *European Political Science review*, (1), S. 33-61.

Taggart, P. & Szczerbiak, A. (2004). *Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe*. In *European Journal of Political Research*, 43 (1), S. 1-27.

Taguieff, P. (2002): *L'illusion populiste*. Paris.

Trotzki, L. (1969): *Die permanente Revolution*. Frankfurt/M.

Urban, J. (2006). *Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus*. Wiesbaden.

Ware, A. (2002). *The United States: Populism as a political strategy*. In Y. Mény & Y. Surels (eds.), *Democracies and the populist challenge*. New York, S. 101-119.

Weber, M. (1949). *The Methodology of the Social Sciences*. New York.

Weyland, K. (2001). *Clarifying a Contested Concept. Populism in the Study of Latin American Politics*. In *Comparative Politics*, 34 (1), S. 1-22.

Wielenga, F. & Hartleb, F. (2011). *Einleitung*. In Dies. (Hrsg.), *Populismus in den Niederlanden und in Deutschland im Vergleich*. Münster, S. 7-16.

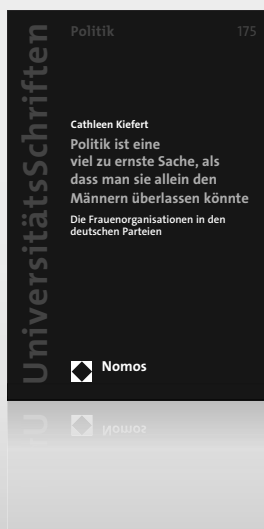
Wilp, M. (2011). *Die Krise der christ- und sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und in den Niederlanden*. In F. Wielenga & F. Hartleb (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. Münster, S. 129-162.

Zastrow, V. (2002). *Die Stunde des Populismus*. In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. Juli, S. 1.



Dr. Florian Hartleb, Jahrgang 1979, ist Research Fellow bei Centre for European Studies (CES), ein Thinktank in Brüssel. Zwischen 1999 und 2003 hat er Politikwissenschaft, Jura und Psychologie an der Eastern Illinois University (USA) und der Universität Passau studiert, 2004 an der TU Chemnitz promoviert. Anschließend arbeitete er als Referent im Deutschen Bundestag und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz. 2010 wurde er zum Professor für Politikmanagement an einer privaten Hochschule in Berlin berufen. Seine Forschungsgebiete sind Populismus, politische Parteien und Extremismus in der EU sowie Politische Führung. Email: fh@thinkingeurope.eu

Frauen und Politik – Frauen in Parteien



Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte

Die Frauenorganisationen in den deutschen Parteien

Von Cathleen Kiefert

2011, 394 S., brosch., 64,- €, ISBN 978-3-8329-5909-8

(Nomos Universitätschriften – Politik, Bd. 175)

Frauen und Politik – ein uraltes und scheinbar unendliches Thema. In Zeiten von Frauenförderung und Gender Mainstreaming, Weltfrauenkonferenzen und einzelnen Frauen in hohen und höchsten politischen Ämtern in aller Welt stellt sich die Frage: Warum funktioniert das eigentlich immer noch nicht so richtig mit den Frauen und der Politik?

Das vorliegende Buch versucht, dieser Frage in Bezug auf die Frauenorganisationen in den deutschen Parteien nachzugehen. Im Mittelpunkt stehen dabei die organisatorische Sonderstellung und die damit verbundenen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten unter den jeweiligen gesellschaftlichen und parteipolitischen Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/12838



Nomos